

Redebeitrag Sulzbach

Hallo liebe Anwesende, liebe Genossinnen und Genossen,

ich spreche heute im Namen der Solidarischen Rose. Wir sind eine antifaschistische Gruppe aus Zweibrücken und mittlerweile auch offizielle Unterstützer der Kampagne *Hass hat Konsequenzen*.

Wir sind heute hier, weil Achmet Sharlak hier vor vierzehn Jahren ermordet wurde. Der Täter war ein stadtbekannter Neonazi, trotzdem wird dieser Mord in keiner Statistik als rassistisch bezeichnet. Im Gegenteil, die Stadt versucht dieses Verbrechen als unpolitische Schlägerei zwischen Jugendlichen darzustellen.

Die Tatsache, dass weder Komunalpolitiker_innen noch Polizei diesen Mord als rassistisch anerkennen, ist ein Ausdruck des strukturellen Rassismus, der in diesem Staat, seinen Gesetzen und seinen Behörden ganz alltäglich ist.

Der erschütterndste Fall von institutionellem Rassismus ist wohl der gesamte Komplex um den NSU. Die Mitglieder der Terrorgruppe Nationalsozialistischer Untergrund ermordeten 10 Menschen. Acht ihrer Opfer trugen türkisch klingende Namen, eines einen griechischen. Enver Şimşek, Abdurrahim Özüdoğru, Süleyman Taşköprü, Habil Kılıç, Mehmet Turgut, İsmail Yaşar, Theodoros Boulgarides, Mehmet Kubaşık, Halit Yozgat und Michèle Kiesewetter, sie alle mussten sterben, weil sie nicht in das Weltbild ihrer Mörder passten. Ein Kernbestandteil des Weltbildes von Uwe Mundlos, Uwe Bönhard und Beate Zschäpe war bzw. ist brutaler Rassismus.

Die Morde an neun Menschen mit sogenanntem Migrationshintergrund ähnelten Hinrichtungen, trotzdem wurden die Möglichkeit eines rassistischen Motivs nicht in Betracht gezogen. Dabei vermuteten nicht nur die Angehörigen der Opfere ein solches. Gleich drei Operative Fallanalysen legten nahe, dass die Täter von „Hass gegen Menschen türkischer Herkunft“ motiviert waren. Das stellten das LKA Bayern im Frühjahr 2006, Profiler des FBI 2007 und Spezialisten des LKA Nordrhein-Westfalen bereits 2004 fest. ¹⁾

Stattdessen gab es nach dem Nagelbombenattentat 2004 mit 22 Verletzten in der Keupstraße in Köln eine schriftliche Anweisung des Polizeipräsidiums, Rassismus als mögliches Tatmotiv bei den Pressekonferenzen nicht zu erwähnen. ²⁾

2006 wollte die bezeichnenderweise „Besondere Aufbauorganisation Bosphorus“ genannte Sonderkommission die Ergebnisse der Fallanalyse nicht öffentlich machen, um unter türkischen Geschäftsleuten keine „Massenhysterie“ auszulösen. Wahrscheinlicher dürfte sein, dass man das schöne Bild des „Sommermärchens“ angesichts der Herren-Fußballweltmeisterschaft im eigenen Land nicht beschmutzen wollte. Ein neues Gutachten wurde in Baden-Württemberg angefordert. Dieses kam auch zu dem erwünschten Ergebnis. Die Tätergruppe sei im „ost- bzw. südosteuropäischen Raum“ zu suchen, da sie einem „rigiden Ehrenkodex“ und einer „archaischen Normen- und Wertestruktur“ folgen würden - als ob Neonazis nicht genau das tun. ³⁾

Auf unerträgliche Weise wurden die Opfer so zu Tätern gemacht. Die Angehörigen und ihr Umfeld wurden immer wieder verhört, überwacht und teilweise mit Lügen konfrontiert. Da, wo die Polizei ein Netzwerk von kriminellen Migrant_innen vermutete, klappte auch die Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Landesbehörden erstaunlich gut. ⁴⁾

Die Tatsache, dass der Leiter des Nürnberger Polizeipräsidiums auch nach der Erhöhung der Belohnung von 30 000 auf 300 000€ keine Hinweise auf Mafiakreise bekam, nahm dieser nicht etwa zum Anlass seine Strategie zu ändern, sondern von einer „Parallelwelt, in die er geblickt habe und in der es kein Vertrauen zu Behörden gibt“ zu sprechen.⁵⁾

Dieses Nicht-Sehen-Wollen von Rassismus als Tatmotiv liegt nicht nur am individuellen Rassismus von niedrigen und hohen Beamtinnen und Beamten. Die Struktur der Polizei- und Justizbehörden folgt immer wieder rassistischen Stereotypen und benachteiligt damit strukturell Menschen, denen eine Nicht-deutsche Herkunft zugeschrieben wird oder die nicht weiß sind.

Daran wird sich so schnell wohl auch nichts ändern. Zwar haben sich Bundeskanzlerin Merkel und Präsident Gauck wortreich und medienwirksam bei den Angehörigen der Opfer entschuldigt, aus Polizeikreisen waren diese Stimmen aber kaum hörbar oder schlicht nicht vorhanden. Hier werden Fehler nur widerstrebend oder gleich gar nicht eingeräumt. Geschweige denn, dass sich etwas an den Strukturen ändert.

Und vor Gericht gehen die Demütigungen weiter. Ayşe Güleç sagt in einem Interview der *konkret*: „Mitarbeiter des Verfassungsschutzes und Neonazis durften lügen, mussten sich nicht erinnern, konnten dort sogar Propaganda treiben. Die Opferzeugen wurden hingegen auf bestimmte Punkte festgelegt und auf eine passive Opferrolle beschränkt, wichtige Beweisanträge [...] abgelehnt.“⁶⁾ Insgesamt macht der Prozess laut Ayşe Güleç deutlich, dass hier kein vollständiger Aufklärungswille seitens des Gerichts bestehe. Bundesstaatsanwaltschaft und Richter drängen auf ein rasches Prozessende ohne auf wichtige Aspekte, wie die Verstrickung von Blood and Honour Strukturen, lokale Unterstützung des NSU beim Ausspähen der Tatorte oder die zahlreichen V-Leute im Umfeld des Trios einzugehen. Ayşe und İsmail Yozgat und ihre Anwälte konnten zum Beispiel rekonstruieren, dass der ehemalige V-Mann Andreas Tenne bei seinen Aussagen gelogen hat und entweder selbst der Mörder von Halit Yozgat ist oder den Mörder kennt und deckt.⁷⁾

Insgesamt haben die unterschiedlichen Landesämter für Verfassungsschutz im mehr als 100-köpfigen Unterstützerumfeld des NSU über 20 V-Leute bezahlt.

Fakt ist, dass zahlreiche Neonazistrukturen wesentlich durch V-Leute aufgebaut und mit deren Geldern finanziert wurden. Prominentestes Beispiel ist Tino Brandt aus Thüringen, der nach eigenen Angaben über 200 000€ erhalten hat und große Teile davon in die Szene steckte. Er war unter anderem maßgeblich am Aufbau des „Thüringer Heimatschutzes“ beteiligt. Außerdem besorgte Brandt mit staatlichen Geldern gefälschte Pässe für das NSU-Trio und kaufte im Auftrag des VS drei Ausgaben des vom NSU hergestellten Spiels „Pogromly“ in dem der Holocaust gefeiert wird.⁸⁾

Wen wundert es da, dass die unterschiedlichen VS-Behörden nicht in der Lage sind insbesondere rechte Straftaten zu verhindern. Stattdessen werden Antifastrukturen kriminalisiert. Seit dem die *antifaschistische Informations-, Dokumentations- und Archivstelle München e.V.* 2008 im Verfassungsschutzbericht erwähnt wurde, ist dieser Verein massiv in seiner unglaublich wichtigen Arbeit behindert worden. Inzwischen wurden *a.i.d.a.* nach langem Rechtsstreit aus den Berichten wieder entfernt.⁹⁾

Die Aufgabe des Verfassungsschutzes ist die staatliche Ordnung zu schützen und nicht die

Menschen, die hier leben. Darum beobachtet der VS alles, was angeblich der sogenannten „Freiheitlich demokratischen Grundordnung“ widerspricht. Und getreu der unsäglichen Extremismuskonzeption ist Linksextremismus mindestens so schlimm wie Rechtsextremismus, unabhängig davon, dass die einen für eine Welt ohne Herrschaft, Ausbeutung und Konkurrenz für alle Menschen kämpfen, während die anderen lieber heute als morgen ihre rassistischen und antisemitischen Vernichtungsfantasien umsetzen würden.

Aus diesen Gründen kann unsere Forderung nur die vollständige und ersatzlose Auflösung des Bundesamtes und der Landesämter für Verfassungsschutz sein. Dieses System ist nicht reformierbar und gehört zum Wohl aller abgeschafft.

Des Weiteren gilt es alle Vorgänge um den Nationalsozialistischen Untergrund bedingungs- und rücksichtslos aufzuklären und dabei sowohl weitere Täter_innen, Unterstützer_innen und V-Mann-Führer ausfindig zu machen und vor Gericht zu stellen.

Der Kampf gegen Rassismus sowohl auf individueller als auch struktureller Ebene muss gestärkt und vorangetrieben werden. Dabei gilt es insbesondere mit den von Rassismus Betroffenen zusammenzuarbeiten. Deren Selbstorganisation müssen gestärkt werden und enger mit antifaschistischen Strukturen verbunden werden, so wie es die Genoss_innen von resist vor zwei Wochen mit einem Vortrag nahegelegt haben.

Zum Abschluss bleibt uns nur noch eine der Kernforderungen der Kampagne „Hass hat Konsequenzen“ zu wiederholen, nämlich die nach einem würdigen Gedenken an die Opfer rechter Gewalt. Also ein würdiges Gedenken an die Opfer des NSU und auch an Achmet Sharlak.

¹⁾ Vgl.: Heike Kleffner: „NSU: Rassismus, Staatsversagen und die schwierige Suche nach der Wahrheit“. S. 32f. In: Imke Schmincke, Jasmin Siri (Hg.): NSU Terror – Ermittlungen am rechten Abgrund. Bielefeld 2013

²⁾ siehe oben

³⁾ s. o.

⁴⁾ Vgl.: Heike Kleffner: „NSU: Rassismus, Staatsversagen und die schwierige Suche nach der Wahrheit“. S. 35f. In: Imke Schmincke, Jasmin Siri (Hg.): NSU Terror – Ermittlungen am rechten Abgrund. Bielefeld 2013

⁵⁾ Vgl.: Heike Kleffner: „NSU: Rassismus, Staatsversagen und die schwierige Suche nach der Wahrheit“. S. 32f. In: Imke Schmincke, Jasmin Siri (Hg.): NSU Terror – Ermittlungen am rechten Abgrund. Bielefeld 2013

⁶⁾ „Schweigen ist keine Option“. Interview in: *konkret* 8/16. S. 23

⁷⁾ Vgl.: „Schweigen ist keine Option“. Interview in: *konkret* 8/16. S. 23

⁸⁾ Vgl.: Anton Maegerle: „Tino Brandt“ in: *der rechte rand*. Nr. 150 September/Okttober 2014. S. 34

⁹⁾ Vgl.: Imke Schmincke: „Das oberste Anliegen der Angehörigen ist Aufklärung“. S. 49f. In: Imke Schmincke, Jasmin Siri (Hg.): NSU Terror – Ermittlungen am rechten Abgrund. Bielefeld 2013